

MODEL UNITED NATIONS



MUNBW

Handbuch

REGIONALKOMMISSION
LATEINAMERIKA

2023

Baden-Württemberg

INHALT

Grußworte

Grußworte des Generalsekretärs	3-4
Grußworte der Projektleitung	5

Vorstellungen

Vorstellung des Awarenessteams	6
Vorstellung der Teilnehmendenbetreuung	7

Zeitplan	8-9
-----------------	------------

Positionsübersicht	10-12
---------------------------	--------------

Gremieneinführung	14 - 16
--------------------------	----------------

Gremientext - Schutz vor dem Verschwindenlassen	17 - 27
--	----------------

Gremientext - Rolle von indigenen Gemeinschaften im Umweltschutz	28 - 36
---	----------------

GRÜßWORT GENERALSEKRETÄR

Ehrenwerte Teilnehmende,

wenn Sie heute das Linden-Museum in Stuttgart besuchen würden, könnten Sie ein Exponat, das bis Dezember letzten Jahres noch dort war, nicht mehr auffinden: die Miniaturmaske der Königmutter Idia. Sie gehört zu den berühmten Benin-Bronzen, die im Jahr 1897 vom britischen Militär im Zuge eines brutalen Überfalls auf dem Gebiet des heutigen Nigerias geplündert und später in Westeuropa versteigert wurden. Diese Miniaturmaske der Königmutter Idia wurde nun gemeinsam mit 19 weiteren Kulturgegenständen in der nigerianischen Hauptstadt Abuja von einer deutschen Delegation an Vertreter*innen der nigerianischen Regierung zurückgegeben. Dies stellt einen ersten Schritt in einem langen Restitutionsprozesses dar, der bilateral vorbereitet wurde.

Auch wenn die Aufbereitung historischer Ungerechtigkeiten in Hinblick auf die Rückführung kolonialen Raubgutes zwischen einigen Staaten begonnen hat, ist die heutige Staatengemeinschaft immer noch von tiefgreifenden und strukturellen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten geprägt. Diese sind facettenreich und wirken sich in unserer globalisierten Welt auf das Leben aller Menschen in unterschiedlichen Arten und Weisen aus.

Sichtbar werden sie unter anderem daran, dass die Staaten des globalen Südens stärker unter den Folgen der Klimakrise leiden. Dies steht im merklichen Kontrast dazu, dass sie weniger Ressourcen verbrauchen und einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben.

Währenddessen steigt die Anzahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, erneut weltweit. Und obwohl dies insgesamt ein globaler Trend ist, sind auch hier die sogenannten Entwicklungsländer überproportional stark betroffen.

Eine ähnliche Reichtumsschere zwischen Staaten ist auch an der jeweiligen Wirtschaftsleistung erkennbar: Die Vermögenswerte mancher großer Unternehmen mit Sitz in Industriestaaten überschreiten das Bruttoinlandsprodukt ganzer ärmerer Länder. Solche Bedingungen behindern sowohl einen internationalen Handel als auch den Abschluss von Investitionsabkommen und Entwicklungshilfe auf Augenhöhe zwischen den beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen.

GRÜßWORT GENERALSEKRETÄR

Wir als Vereinte Nationen haben seit unserer Gründung den Anspruch an uns selbst, ein Forum zu sein, in dem jeder Staat mit gleicher Stimme sprechen kann und gehört wird und den anderen Staaten so auf Augenhöhe begegnen kann. Diesem Anspruch wurden und werden wir aber nicht immer gerecht. Die beschriebenen Ungleichheiten sind stets auch in einem diplomatischen Kontext präsent und nicht auszublenden - manchmal wirken sie unüberwindbar. Darüber hinaus wird selbst in der Charta der Vereinten Nationen das Prinzip der Stimmengleichheit durch das den permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates verbriefte Vetorecht gebrochen.

Sie sehen, dass die Staatengemeinschaft vor vielfältigen Herausforderungen steht. Umso mehr freue ich mich, dass Sie sich entschlossen haben, im Juni in Stuttgart gemeinsam als Delegierte, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Journalist*innen an diesen Problemen zu arbeiten.

Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand dabei, Ihre Standpunkte zu vertreten, dabei aber nie das Ziel einer gerechteren Welt aus den Augen zu verlieren und sich stets auf Augenhöhe zu begegnen.

Hochachtungsvoll,

Jasper Dannenbaum



GRÜßWORT PROJEKTLEITUNG

**Sehr geehrte Vertreter*innen nichtstaatlicher Akteure,
Journalist*innen und Delegierte,**

seit rund acht Monaten arbeitet das Team von MUNBW 2023 an den Vorbereitungen für die Konferenz, an der Sie im Juni in Stuttgart teilnehmen werden. Unser Ziel ist es, Ihnen bei MUNBW Erfahrungen zu ermöglichen, die viele von uns motiviert haben, als Team in unserer Freizeit MUNBW zu organisieren.

Die Zeit, in der Sie an MUNBW teilnehmen, ist von Herausforderungen gezeichnet, deren Auswirkungen Millionen von Menschen weltweit spüren. Diese Herausforderungen spiegeln sich wieder in den Themen, mit denen Sie sich bei MUNBW befassen werden. In diesem Handbuch finden Sie erklärende Texte, die die Vorsitzenden Ihrer Gremien für Sie geschrieben haben, um Ihnen einen einfacheren Überblick über diese komplexen Sachverhalte zu geben. Uns liegt es am Herzen, Sie in Ihrer Vorbereitung individuell so zu unterstützen, dass Sie auf der Konferenz mühelos in Ihre Rolle hineinwachsen können.

Natürlich war es für uns nicht allein der Aspekt der politischen Bildung, der uns vor einigen Jahren nach unserer ersten Konferenz dazu motiviert hat, erneut an MUNBW teilzunehmen und schließlich Teil des Teams zu werden. Es waren zum Beispiel die Begegnungen mit den anderen Teilnehmenden auf der Konferenz, die Freude über die erste selbst gehaltene Rede im Gremium und nicht zuletzt der feierliche Ball und die anschließende Party am Sonntagabend. Wir freuen uns auf Sie!

Im Namen des Teams von Model United Nations Baden-Württemberg,

Mona Bickel, Ingo Heide und Kilian Kuhlbrodt
Projektleitung



**Mona Bickel, Ingo Heide
und Kilian Kuhlbrodt**

Projektleitung



AWARENESSTEAM

 **Greta Hülsmann (sie/dey)**
 **g.huelsmann@munbw.de**
 **+49 171 5853587**

 **Felix Becker (er/ihn)**
 **f.becker@munbw.de**
 **+49 157 82259689**

Eine mehrtägige Konferenz kann eine intensive Erfahrung sein. Man verbringt den ganzen Tag mit vielen, oft auch unbekannten Menschen. Dabei kann es zu Missverständnissen, Konflikten und bewussten oder unbewussten Grenzüberschreitungen kommen.

Als Awareness-Team sind wir einerseits dafür verantwortlich, solchen Situationen vorzubeugen und andererseits zur Vermittlung und Lösung beizutragen, sollten doch Probleme auftreten. Ihr könnt Euch aber auch mit allen anderen Anliegen an uns wenden. Anders als die Teilnehmenden-Betreuung sind wir also nicht für organisatorische Fragen, sondern vertraulich für Euer Wohlbefinden auf der Konferenz da.

Ihr erreicht uns telefonisch - per SMS - über verschiedene Messenger und via E-Mail. Über den anonymen Briefkasten habt Ihr außerdem die Möglichkeit, bei Eurer Kontaktaufnahme unbekannt zu bleiben.



Link zum anonymen Briefkasten



TEILNEHMENDEN- BETREUUNG

Liebe Teilnehmenden,

wir, Lena Raetzell und Emily Siegel, sind im Rahmen der Konferenz MUNBW 2023 als Teilnehmendenbetreuung für Sie als Ansprechpersonen erreichbar. Einige hatten möglicherweise bereits per E-Mail oder über Instagram mit uns Kontakt.

Wir haben beide 2019 zum ersten Mal an einer DMUN-Konferenz teilgenommen und sind dann 2021 in das Team gewechselt.

Emily studiert außerhalb von DMUN Jura in Münster, arbeitet ehrenamtlich bei der katholischen Akademie Dresden und gestaltet ihre Freizeit sonst vor allem mit bloggen, tanzen und dem Schreiben von kreativen Texten.

Lena studiert abseits der Konferenz Psychologie in Göttingen, arbeitet ehrenamtlich bei der Diakonie Schleswig-Holstein, spielt Klavier und treibt gerne Sport, wie Basketball oder Bouldern.

Unsere Aufgabe bei MUNBW ist in erster Linie, für Ihre Anliegen und Fragen da zu sein, besonders bei allen Punkten, die organisatorischer Natur sind. Auch schon jetzt in der Vorbereitungsphase können Sie jederzeit auf uns zukommen. Schreiben Sie uns einfach eine Mail, eine Instagram-Direktnachricht oder melden Sie sich per Whatsapp oder Signal. Die Kontaktdaten hierzu finden Sie hier und auch auf der Website.

Wir freuen uns, Sie auf der Konferenz alle kennenzulernen. Jetzt wünschen wir Ihnen erstmal viel Freude bei der Vorbereitung!

Mit freundlichen Grüßen
Emily Siegel und Lena Raetzell

 **Emily Siegel und Lena Raetzell**
 **teilnehmende2023@munbw.de**
 **0174 7952258**
 **[@munbw_dmun](https://www.instagram.com/munbw_dmun)**



ZEITPLAN

	Donnerstag 08.06.2023	Freitag 09.06.2023	Samstag 10.06.2023	Sonntag 11.06.2023	Montag 12.06.2023
9	Registrierung	Sitzungen	Sitzungen	Sitzungen	
12	Akademisches Programm Einführung in die Geschäftsordnung & SimSim	Mittagspause	Mittagspause	Mittagspause	Abschlussveranstaltung
15	Registrierung (falls spätere Anreise) Mittagspause	Sitzungen	Sitzungen	Rekapitulationsworkshop und Feedback	
18	Akademisches Programm Workshops	Sitzungen	Akademisches Programm Markt der Möglichkeiten		
21	Eröffnungsveranstaltung	Akademisches Programm Vortragsabend	Sitzungen	Diplomat*innenball	

POSITIONSÜBERSICHT

Positionsübersichten helfen Ihnen, Ihre inhaltliche Vorbereitung vollständig und strukturiert durchzuführen. Anders als Sie es vielleicht von früheren DMUN-Konferenzen gewohnt sind oder im Online-Handbuch gelesen haben, verfassen sie bei MUNBW 2023 zuerst je eine Positionsübersicht zu jedem Thema, das in Ihrem Gremium behandelt wird.

Anmerkung für NGOs:

Auch als Vertreter*in einer NGO verfassen Sie Positionsübersichten – mindestens drei (zu beliebigen Themen, gerne auch aus verschiedenen Gremien).

Wenn Sie die Positionsübersicht zu einem Thema auf der Website öffnen, sehen Sie folgendes:

The screenshot shows a web browser window with the title 'neues Positionspapier'. The main content area contains the following text:

Nur beim ersten Thema des Gremiums auszufüllen: Was sind die wichtigsten Wirtschaftszweige Ihres Staates?

Bitte hier die Antwort eintragen

Inwiefern berührt das Thema Interessen des von Ihnen vertretenen Staates?

Bitte hier die Antwort eintragen

Welche Staaten/Organisationen stehen auf Ihrer Seite?

Bitte hier die Antwort eintragen

Was möchte Ihr Staat bei der Behandlung dieses Themas für sich erreichen, was verhindern? Geben Sie an, wie wichtig diese Ziele jeweils sind.

Bitte hier die Antwort eintragen

Geben Sie im Folgenden bitte mindestens drei (gerne aber auch mehr) der Punkte zur Diskussion an und unterbreiten Sie jeweils Lösungsvorschläge. Falls diese die Interessen Ihres Staates/ Ihrer Organisation berühren, gehen Sie kurz darauf ein.

Bitte hier die Antwort eintragen

Weiteres (optional)

Bitte hier ggf. eine Antwort eintragen

Zusammenfassung: Stellen Sie die wichtigsten Aspekte der Position Ihres Staates zum Thema in maximal 150 Wörtern dar.

Bitte hier die Antwort eintragen

body p em

At the bottom of the form is a blue button labeled 'ÄNDERUNGEN SPEICHERN'.

Bitte löschen Sie den fett gedruckten Text **nicht**, sondern schreiben Sie Ihre Antworten auf die jeweiligen Fragen darunter. Achten Sie dabei bitte unbedingt darauf, die Position Ihres Staates/ Ihrer Organisation darzustellen

POSITIONSÜBERSICHT

len ohne Ihre persönliche Meinung einfließen zu lassen. Daher verwenden Sie auch dritte Person Singular (z.B. „Island ist der Überzeugung, dass...“ statt „ich denke, dass“). Generell drücken Sie sich diplomatisch aus und achten auf Rechtschreibung sowie Grammatik.

Hinweise, wie Sie Antworten auf die Fragen finden können, gibt es:

- Am Ende jedes Gremientexts
- Im Onlinehandbuch [<https://handbuch.dmun.de/vorbereitung/inhalt/thema/>] sowie
- ...wenn Sie nicht weiter wissen, auch bei Ihrer [Gremienberatung](#) oder der Leitung Inhalt Pädagogik unter inhaltpaedagogik@munbw.de.

Die erste Hälfte ihrer Positionsübersicht kann dann beispielsweise so aussehen:

The screenshot shows a web browser window with the title 'neues Positionspapier'. The main content area contains the following text:

Nur beim ersten Thema des Gremiums auszufüllen: Was sind die wichtigsten Wirtschaftszweige Ihres Staates?

Tourismus und Fischerei

Inwiefern berührt das Thema Interessen des von Ihnen vertretenen Staates?

Da 76% der isländischen Exporte Fischprodukte sind, ist der Erhalt ausreichender Fischbestände von großer Bedeutung für Island. Zugleich würde eine zu starke Beschränkung des Fischfangs diesem wichtigen Wirtschaftszweig stark schaden. Außerdem ist die Fischerei wichtiger Bestandteil der isländischen Tradition und Kultur.

Welche Staaten/Organisationen stehen auf Ihrer Seite?

Norwegen, Kanada, Vereinigtes Königreich. In Bezug auf die Einhaltung bestehender Regelungen die gesamte EU.

Was möchte Ihr Staat bei der Behandlung dieses Themas für sich erreichen, was verhindern? Geben Sie an, wie wichtig diese Ziele jeweils sind.

Wichtig ist es für Island insbesondere, dass die isländische Fischerei nicht zu sehr reguliert wird. Es versucht zu erreichen, dass in einer Zone von 200 Seemeilen um die Küste eines Landes nur dieser Staat zum Fischfang berechtigt ist.

Island strebt an, dass alle Staaten sich an bestehende Regelungen zum Schutz der Fischbestände halten.

Eine Kontrollinstanz mit weitreichenden Befugnissen oder gar Sanktionen möchte Island unbedingt verhindern.

POSITIONSÜBERSICHT

Wenn es daran geht, Lösungsvorschläge zu den Punkten zur Diskussion zu unterbreiten, kopieren Sie bitte zuvor die ausgewählten Punkte zur Diskussion in das Feld:

Geben Sie im Folgenden bitte mindestens drei (gerne aber auch mehr) der Punkte zur Diskussion an und unterbreiten Sie jeweils Lösungsvorschläge. Falls diese die Interessen Ihres Staats/ Ihrer Organisation berühren, gehen Sie kurz darauf ein.

- Soll es nationale Fangquoten geben und wenn ja, wie sollen diese festgelegt werden?

Island hält Fangquoten für kein geeignetes Mittel, da ihre Einhaltung ungewiss ist. Falls die Mehrheit des Gremiums sie dennoch einführen möchte, legt Island großen Wert darauf, dass sie anhand der Fischereiflotte und der Bedeutung des Fischfangs für den jeweiligen Staat festgesetzt werden.

- Wie kann die Einhaltung bestehender oder zukünftiger Abkommen durchgesetzt werden?

Eine stärkere internationale Zusammenarbeit sowie die öffentliche Benennung von Staaten, die Abkommen verletzen, sind geeignete Maßnahmen. Die Überwachung des Fischfangs sollte weiterhin durch die Fischereibehörden des Staates erfolgen, in dessen Gewässern die Fischerei stattfindet.

- Wie kann der Wandel zu nachhaltigeren Fischereimethoden gelingen?

Der Wandel zu nachhaltigeren Fischereimethoden braucht finanzielle Anreize, beispielsweise durch geringere Zölle auf nachhaltig produzierten Fisch. Auch eine direkte finanzielle Förderung der Umrüstung von Fangflotten auf internationaler Ebene würde Island begrüßen.

Weiteres (optional)

Bitte hier ggf. eine Antwort eintragen

Zusammenfassung: Stellen Sie die wichtigsten Aspekte der Position Ihres Staats zum Thema in maximal 150 Wörtern dar.

Island legt großen Wert darauf, dass die Fischbestände nicht durch Überfischung verringert werden, eine umfassende Regulation des Fischfangs wird aber abgelehnt. Ausländische Fangflotten innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone eines Staates sollten aus isländischer Sicht unzulässig sein. Die Einhaltung bestehender Abkommen sollte gewährleistet werden; positive Anreize sind hierzu ein besseres Mittel als Strafen und Sanktionen.

body p

ÄNDERUNGEN SPEICHERN

Wenn Sie Ihre Positionsübersicht ausgefüllt haben, erhalten Sie von Ihren Gremienvorsitzenden Feedback und Verbesserungsvorschläge, die Sie bitte einarbeiten, bis die Positionsübersicht anerkannt wird. Im Anschluss verfassen Sie zu mindestens einem Thema wie im [On-line-Handbuch](#) beschrieben ein Arbeitspapier. Zudem raten wir Ihnen auch dringend dazu, ein [Positionspapier](#) zu verfassen, da dieses eine hervorragende Grundlage für die ersten Reden bildet und im diplomatischen Sprachgebrauch übt. Um dieses einzureichen, klicken Sie erneut auf das Stiftsymbol und wählen "neues Positionspapier". Löschen Sie die vom System angezeigten Fragen aus dem Eingabefeld und schreiben Sie dort Ihr Positionspapier im Fließtext. Keine Sorge, Ihre bereits eingereichte Positionsübersicht bleibt dabei erhalten. Falls Sie bereits Erfahrung im Schreiben von Positionspapieren haben, dürfen Sie auch statt der Positionsübersicht direkt ein Positionspapier einreichen.

REGIONALKOMMISSION LATEINAMERIKA

INHALT

Gremieneinführung	14 - 16
Gremientext - Schutz vor dem Verschwindenlassen	17 - 27
Kurzzusammenfassung	17
Punkte zur Diskussion	17
Einleitung	18
Hintergrund und Grundsätzliches	18 - 20
Aktuelles	20 - 21
Probleme und Lösungsansätze	22 - 24
Hinweise zur Recherche	24 - 25
Lexikon	25 - 26
Quellenangaben und weiterführende Links	26 - 27
Gremientext - Rolle von indigenen Gemeinschaften im Umweltschutz	28 - 36
Kurzzusammenfassung	28
Punkte zur Diskussion	28
Einleitung	29
Hintergrund und Grundsätzliches	29 - 31
Aktuelles	31 - 32
Probleme und Lösungsansätze	32 - 33
Lexikon	33 - 34
Besonders hilfreiche Quellen	34 - 35
Wichtige Dokumente	35
Quellenangaben	35 - 36

GREMIENEINFÜHRUNG

Gremieneinführung

Das Regional Kommission Lateinamerika (RKL)/ La Comisión Económica para América Latina (CEPAL):

“Nadie se quede atrás”, keiner bleibt zurück. Das ist die Devise der UN in der Agenda 2030 und auch das Ziel des Regional Komitees Lateinamerika.

Das Regional Komitee Lateinamerika entstand am 25.02. 1948 aus einer Resolution des Wirtschafts- und Sozialrates raus und ist seit dem ein regionales Unterorgan von diesem. Etwas später kamen auch die karibischen Staaten dazu und 1984 wurde der Name auch auf *Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC)* geändert. Das Regional Komitee Lateinamerika wurde gegründet mit dem Ziel, globale Politik regional umzusetzen und zu der wirtschaftlichen Entwicklung des Lateinamerikanischen Kontinents beizutragen. Dazu gehört auch die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen der Regierungen untereinander, sowie mit anderen Staaten und Nationen. Später kam die soziale Entwicklung auf die Agenda, sowie das Thema Nachhaltigkeit.

Das Regional Komitee hat 46 Mitgliedstaaten, 33 davon kommen aus Lateinamerika und der Karibik, bei den anderen handelt es sich um Staaten, die historisch, wirtschaftlich und kulturell eine enge Bindung zu den Lateinamerikanischen Ländern haben, wie zum Beispiel Deutschland, Canada oder Südkorea. Zudem gibt es 14 assoziierte Partner, also noch nicht vollwertige Mitglieder, aber mit engem Kontakt zu der RKL, darunter zählen unter anderem French Guinea, Puerto Rico und Aruba. Der Hauptsitz des Komitees ist in Santiago de Chile. Es befindet sich aber auch eine Subregion- Zentrale in Mexico City welches für Zentralamerika zuständig ist und in Port- of- Spain (Trinidad und Tobago), welche die Karibik Region repräsentiert, sowie Büros in Buenos Aires, Brasília, Montevideo, Bogotá und in Washington, D.C.. Alle zwei Jahre gibt es Sitzungen mit allen Mitgliedern, die letzte bzw. 39 Sitzung war 2022 im Oktober. Die unten genannten Abteilungen und Unterorganisationen kommen jedoch öfter zusammen. Der amtierende *Executive Secretary* ist der Costa-Ricaner José Manuel Salazar-Xirinachs, ernannt wurde er am 1.09.2022. Davor war er von 2015-2018 der Regionale Direktor für Lateinamerika und die Karibik der *International Labour Organisation (ILO)* der UN.



GREMIENEINFÜHRUNG

Wie oben bereits geschrieben sind die drei Säulen der RKL, die wirtschaftliche – und soziale Entwicklung, sowie der Umweltschutz. Produktion, Produktivität und Management, sowie verbesserte Wirtschaftsbeziehungen durch Dialog liegen im Fokus. Bei der sozialen Entwicklung wird vor allem auch ein Blick auf die Demographie geworfen um Armut und Ungleichheit zu bekämpfen. Es geht um eine inklusive Wirtschaft mit geringeren ökologischen Fußabdruck und einer achtsamen Nutzung der natürlichen Ressourcen. Um diese Punkte zu verwirklichen ist die RKL noch einmal in 12 Fachabteilungen bzw. Bereiche unterteilt. Diese sind: *Economic Development, Social Development, Statistics and Web Services, CELADE-Population Division, International Trade and Integration, Economic and Social Planning (ILPES), Production, Productivity and Management, Sustainable Development and Human Settlements, Natural Resources and Infrastructure, Gender Affairs, Programme Planning and Operations (Cooperation), Publications and Web Services*. Zudem existieren neun Unterorganisationen, wie zum Beispiel die *Regional Conference on Women in Latin America and the Caribbean* oder *Regional Council for Planning*.

12,9% der Bevölkerung sind von extremer Armut betroffen, die Arbeitslosigkeit liegt bei 9,3%, das Wachstum des BIP liegt bei 6,5% in Lateinamerika und der Karibik so der Befund des zu der RKL gehörenden Einrichtung CEPALSTAT, welche Daten in Lateinamerika und der Karibik erhebt, interpretiert und veröffentlicht. Die Bereitstellung solcher Informationen ist Teil des Aufgabenbereiches der RKL. Ansonsten plant die RKL Programme innerhalb eines bestimmten Budgets, koordiniert die Implementierung und evaluiert dann ihr Vorgehen und die Umsetzung.

Die Regionalforen leisten Hilfestellungen bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele, deren Umsetzung bei den Landesregierungen liegt. Es gilt das Prinzip der Freiwilligkeit. In den Regional Komitees können sich die Länder über Erfahrungen bei der Umsetzung der Ziele austauschen, Wissen teilen und gemeinsam nach Lösungsansätzen suchen. Die aktuellen 17 Ziele für eine soziale, wirtschaftliche und ökologisch nachhaltige Entwicklung wurden 2016 in der Agenda 2030 festgeschrieben, sie müssen also bis dahin umgesetzt werden. Im Vordergrund der Nachhaltigkeitspolitik stehen die Menschen und ihre Rechte, die garantiert werden müssen, um den Klimawandel zu bremsen. Die Volkswirtschaft



GREMIENEINFÜHRUNG

muss umgestaltet werden, der Konsum und Produktion müssen verantwortungsvoller werden. Armut wird der Kampf angesagt, aber auch Gleichberechtigung steht besonders im Zentrum des Regional Komitees Lateinamerikas. Die Corona Pandemie hat die Bedingungen dafür erheblich erschwert und die RKL ist damit beschäftigt gewesen in dem vergangenen Jahr die Auswirkungen, wie höhere Arbeitslosigkeit und Armut, steigende Zahl von Femiziden, Rückgang von Produktion und sozialen Ausschluss, zu bekämpfen. Die RKL hat dafür die Regierungen unterstützt mit Analysen, Rat, als Plattform für Diskussionen, finanzieller Unterstützung, operationaler Hilfestellung und dem Bilden von technischen Kooperationen.

Zum selber nachlesen:

- [ECOSOC SUBSIDIARY BODIES | Economic and Social Council](#)
- [About | Economic Commission for Latin America and the Caribbean \(cepal.org\)](#)
- CEPALSTAT: [CEPALSTAT Statistical Databases and Publications](#)



GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

Schutz vor dem Verschwindenlassen

1. Kurzzusammenfassung

Internationale Aufmerksamkeit erlangte das Thema des Verschwindenlassens in den 1970er und 80er Jahren. In dieser Zeit nutzten Militärdiktaturen in Lateinamerika diese Methode, um unliebsame Oppositionelle loszuwerden. Diese Menschen wurden verhaftet und wurden nie wieder gesehen. Bis heute wissen viele Angehörige nicht, was mit ihnen passiert ist – wann, wo und wie sie getötet wurden. Die internationale Staatengemeinschaft hat bereits einige Versuche unternommen, dem Problem zu begegnen. Konkret geht es darum Aufklärung über den Verbleib der Verschwunden und deren Geschichte zu schaffen, die Verantwortlichen ausfindig zu machen und für Strafverfahren zu sorgen, aber diese Praktik auch in Zukunft zu verhindern. Denn immer noch gibt es Fälle, in denen Menschen spurlos verschwinden, sei es durch die Hand von Regierungen oder kriminellen Organisationen. Die wichtigsten Instrumente sind der UN Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, die Konvention gegen das Verschwindenlassen und die Einstufung der Tat als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Doch obwohl es eine Vielzahl internationaler Mechanismen und mit dem Thema betraute Organisationen gibt, besteht weiterhin Handlungsbedarf. Denn häufig wird die Arbeit der Organisationen durch Staaten behindert.

2. Punkte zur Diskussion:

- Wie relevant ist es, dem Thema auf internationaler Ebene zu begegnen und internationale Mechanismen zur Lösung zu finden?
- Einige Staaten haben die Konvention gegen das Verschwindenlassen noch nicht ratifiziert. Darunter sind auch lateinamerikanische Staaten wie El Salvador und Nicaragua. Wie könnte man erreichen, dass noch mehr Staaten dem Abkommen beitreten?
- Welchen Beitrag zur Aufarbeitung kann die UN leisten? Wie kann die UN die Länder bei der Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses unterstützen?
- Wie kann das Kontrollorgan, der UN Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, effizienter gestaltet /modifiziert werden?



GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

3. Einleitung

Am 11. Juni 1976 sah Christian Wettengel seinen Sohn zum letzten Mal – in einer Polizeistation in Buenos Aires. Tags zuvor war sein Sohn Máximo Ricardo Wettengel verhaftet worden. Sein Vater versicherte Máximo, er werde wiederkommen, um ihn da rauszuholen, doch am nächsten Tag war die Zelle eines Sohnes leer. Die argentinische Polizei behauptete Máximo freigelassen zu haben, doch er wurde nie wieder gesehen (Geschichte von gewaltsames-verschwindenlassen.de). So wie Máximo erging es in den 70ern und 80er Jahren vielen, die sich wie er in linken Gruppen in Lateinamerika engagierten. Es war die Zeit der rechten Militärdiktaturen. Diese nutzten das Verschwindenlassen von Menschen als Mittel, um Oppositionelle loszuwerden. Die Angehörigen der Verschwunden wurden über das Schicksal ihrer Verwandten im Dunkeln gelassen. Noch heute wissen viele nicht, wie, wo und wann ihre Angehörigen sterben mussten.

Bereits als in den 1970er Jahren die ersten Fälle in Lateinamerika bekannt wurden, begann sich die internationale Staatengemeinschaft mit dem Thema des Verschwindenlassens zu beschäftigen. 2002 wurde Verschwindenlassen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt. 2006 wurde die UN-Konvention gegen Verschwindenlassen unterzeichnet, die Staaten Verpflichtungen für den Umgang mit Schuldigen und die Aufklärung der Verbrechen auferlegt. Doch trotz dieser internationalen Bemühungen sind die Verbrechen aus den 1970er und 1980er Jahren noch nicht aufgeklärt und alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Mehr noch, auch heute noch wird das Verschwindenlassen von Regierungen als Mittel eingesetzt, um unliebsame Oppositionelle loszuwerden. Das Thema hat also keinesfalls an Aktualität verloren, weshalb es die Regionalkommission für Lateinamerika auf ihre Agenda gesetzt hat.

4. Hintergrund und Grundsätzliches

Das Verschwindenlassen von Menschen ist eine schwere Menschenrechtsverletzung, bei der Personen von staatlichen Behörden oder deren Beauftragten in Gewahrsam genommen und dann in geheimer Haft gehalten werden, ohne dass sie oder ihre Familien über ihren Aufenthaltsort informiert werden. Diese Praxis wird häufig als eine Form der Unterdrückung und Einschüchterung eingesetzt und richtet sich häufig gegen politische Gegner. Opfer werden in der Haft oft körperlich und psychisch misshandelt, und ihre Familien wissen nicht, ob ihre Angehörigen noch leben oder schon tot sind. Diese Ungewissheit und der Man-

GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

gel an Informationen können bei den Familien der Verschwundenen ein schweres psychisches Trauma verursachen und es ihnen erschweren, Gerechtigkeit und Rechenschaft für das Verbrechen zu fordern.

Für die heutige Betrachtung des Themas sind vor allem die Entwicklungen in Lateinamerika relevant. In den 1970er und 1980er Jahren erlebten viele lateinamerikanische Länder, darunter Argentinien, Chile und Uruguay, eine Phase rechter Militärdiktaturen, die sich an die Macht geputscht hatten. Nicht selten waren die USA in diese Putsch involviert. Sie versuchten dafür zu sorgen, ihnen wohlgesinnte Regime in Lateinamerika zu installieren, aus Sorge vor Allianzen der lateinamerikanischen Staaten mit der Sowjetunion. Diese Militärregierungen sorgten dafür, dass Tausende von Menschen von staatlichen Sicherheitskräften gewaltsam verschwinden gelassen wurden. Diese Regierungen nahmen oft politische Gegner ins Visier, darunter Linke Gruppen, Gewerkschafter und Menschenrechtsaktivisten. Die Beispiele in Lateinamerika stellen die wohl bekanntesten Fälle von Verschwindenlassen dar. Nicht zuletzt, weil sich Oppositionsgruppen bildeten, die auch international großen Einfluss ausübten. Die bekannteste ist die Madres de Plaza de Mayo und wurde 1977 in Argentinien von den Müttern von Verschwundenen gegründet. Sie machten öffentlichkeitswirksam auf die Schicksale ihrer Söhne und Männer aufmerksam.

Die Vereinten Nationen befassten sich erstmals 1974 mit dem Thema im Rahmen einer Arbeitsgruppe, die die aus Chile berichteten Vorfälle untersuchen sollte. 1977 verabschiedete die Generalversammlung eine Resolution, in der sie die Fälle des Verschwindenlassens in Chile als Menschenrechtsverletzungen scharf kritisierte (A/RES/32/118). Weitere Untersuchungen und Resolutionen folgten, die sich zumeist aber auf spezielle Fälle bezogen und nicht auf das Problem im Allgemeinen. So liegt die Gesamtbilanz der lateinamerikanischen Repressionspolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen bei etwa 50.000 Ermordeten, 350.000 dauerhaft „Verschwundenen“ und 400.000 Gefangenen.

Doch das Phänomen des Verschwindenlassens war nicht auf den südamerikanischen Kontinent begrenzt. In den 1990er Jahren wurde das Verschwindenlassen in Ländern wie Algerien, wo die Sicherheitskräfte gegen mutmaßliche islamische Kämpfer vorgingen, und im Irak, wo die

GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

Regierung von Saddam Hussein Tausende von Kurden und andere vermeintliche Oppositionelle verschwinden ließ, weiterhin als Unterdrückungsinstrument eingesetzt.

In den letzten Jahren wurden Fälle von Verschwindenlassen in Ländern wie Syrien gemeldet, wo die Regierungstruppen und mit ihr verbundene Milizen beschuldigt wurden, Tausende von Menschen gewaltsam verschwinden zu lassen, darunter politische Gegner, Menschenrechtsaktivisten und Kritiker des Regimes. Auch kriminelle Organisationen nutzen diese Methode, so etwa im Drogenkrieg in Mexiko. Was die internationale Staatengemeinschaft unternahm, um diese menschenverachtende Praxis zu unterbinden, führt der nächste Abschnitt an.

5. Aktuelles

Einer der wichtigsten Schritte der internationalen Gemeinschaft war die Annahme des internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (auch UN-Konvention gegen Verschwindenlassen genannt) im Jahr 2006. Stand heute wurde die Konvention von 98 Staaten unterzeichnet und von 70 ratifiziert; für Letztere sind die Regeln der Konvention daher verbindlich. Dieser *völkerrechtlich bindende Vertrag* definiert Verschwindenlassen als Verbrechen und legt die Rechte der Opfer und ihrer Familien fest. Er legt auch den Grundsatz der staatlichen Verantwortung für das Verschwindenlassen von Personen fest und sieht die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen vor.

Im Rahmen der Konvention wurde außerdem der Ausschuss für das Verschwindenlassen von Personen (im Original Committee on Enforced Disappearances, CED) eingesetzt. Der Ausschuss hat die Aufgabe, die Umsetzung des Übereinkommens durch die Staaten, die es ratifiziert haben, zu überwachen und den Staaten Hinweise zu geben, wie sie ihren Verpflichtungen aus dem Übereinkommen nachkommen können. Der Ausschuss prüft die Staatenberichte durch Länderbesuche und kann selbstständige Untersuchungen anstrengen. Das Übereinkommen sieht außerdem die Möglichkeit für Individualbeschwerden vor, die vom Ausschuss überprüft werden. Eine Besonderheit ist die Befugnis des Ausschusses, dringliche Mitteilungen über das Verschwinden einer Person entgegenzunehmen und vom betreffenden Vertragsstaat Informationen über den Verbleib der betreffenden Person anzufordern.



GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

Ein weiterer entscheidender Schritt, dem Verschwindenlassen etwas entgegenzusetzen, war die Einstufung dieser Praktik als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, festgeschrieben im Römischen Statut 2002. Dadurch wurde es möglich, die Verantwortlichen wegen dieses Verbrechens vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zur Rechenschaft zu ziehen. Zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit zählen außerdem Handlungen wie Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation und Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, wenn sie im Rahmen eines weitverbreiteten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung begangen werden.

Der IStGH ist befugt, gegen Einzelpersonen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ermitteln und sie strafrechtlich zu verfolgen, wenn das Land, in dem das Verbrechen begangen wurde, nicht Willens ist, dies zu tun. Entscheidend ist dabei aber, dass die angeklagten Personen Staatsangehörige eines Staates sein müssen, die das Römische Statut unterzeichnet haben oder die Tat auf dem Staatsgebiet eines solchen Staates erfolgt sein muss. Dazu gehören zum Beispiel nicht die USA, Russland oder China.

Die Vereinten Nationen haben außerdem einen besonderen Mechanismus, die Arbeitsgruppe für erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden, eingerichtet, die Familien bei der Ermittlung des Schicksals ihrer Angehörigen unterstützen soll. Darüber hinaus wurden das *Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte* (OHCHR) und der Sonderberichterstatter beauftragt, Informationen über das Problem des gewaltsamen Verschwindenlassens zu sammeln und zu berichten.

Zusätzlich zu diesen von den Vereinten Nationen geleiteten Bemühungen spielen internationale Menschenrechtsorganisationen eine wichtige Rolle bei der Sensibilisierung für das Thema Verschwindenlassen.

Wie sich zeigt, hat sich die Staatengemeinschaft intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und einige Mechanismen geschaffen, um dem Problem zu begegnen. Und dennoch ist das Thema aktuell und es stellen sich noch eine Vielzahl an Problematiken.



GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

6. Probleme und Lösungsansätze

Trotz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft gibt es noch eine Reihe von Herausforderungen, die angegangen werden müssen, um diese Menschenrechtsverletzung wirksam zu bekämpfen.

Eine der größten Herausforderungen ist der mangelnde politische Wille einiger Staaten, das Übereinkommen vollständig umzusetzen und mit dem Ausschuss zusammenzuarbeiten. Dazu gehören fehlende Ressourcen für Untersuchungen, mangelnde Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen und fehlende Wiedergutmachung für die Opfer und ihre Familien. Einige Staaten sind nicht bereit, ihre eigenen Bürger für Verbrechen des Verschwindenlassens vor Gericht zu stellen.

Eine weitere Herausforderung ist das Fehlen wirksamer rechtlicher Mechanismen, um Einzelpersonen für das Verschwindenlassen von Personen zur Rechenschaft zu ziehen. Zwar können Individuen vor dem ISGH wegen dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft gezogen werden, doch nur wenn der Staat auch Willens ist seine*n Staatsbürger*in auszuliefern.

Zwar sieht die Konvention die Schaffung rechtlicher Mechanismen auch auf nationaler Ebene vor – also das Verschwindenlassen als Tatbestand im nationalen Recht zu etablieren –, aber viele Staaten haben diese noch nicht eingerichtet. Das macht es schwierig, die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen und den Opfern und ihren Familien Gerechtigkeit und Entschädigung zukommen zu lassen.

Auch mit dem in der Theorie fortschrittlichen Verfahren der Individualbeschwerde beim Ausschuss gibt es Probleme. Dieses Verfahren bietet Einzelpersonen die Möglichkeit, vor dem Komitee darzulegen, warum der Vertragsstaat diese Person in einem oder mehreren Rechten verletzt hat. Der Ausschuss hat allerdings erst einmal im Jahr 2016 über eine Beschwerde entscheiden müssen. Grund dafür ist, dass der betreffende Staat dieses Verfahren für sich akzeptiert haben muss. Nur ein Drittel der Staaten haben das getan.

Die juristische Aufarbeitung dieser Verbrechen zieht sich in fast allen betroffenen lateinamerikanischen Ländern bis heute hin. Dies liegt unter anderem daran, dass beim Übergang der betroffenen Länder zur

GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

Demokratie häufig die Täter schützende *Amnestiegesetze* erlassen wurden, die das Militär als Bedingung für den Übergang zur Demokratie gefordert hatte. Teilweise wurden diese Gesetze erst in jüngster Zeit wieder abgeschafft.

Insgesamt ist der Kampf gegen das Verschwindenlassen ein komplexer und andauernder Kampf, der nachhaltige Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Staaten, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Vereinten Nationen, erfordert, um das Problem wirksam anzugehen.

Es zeigt sich damit folgendes Bild: Das Thema des Verschwindenlassens wurde bereits in vielerlei Hinsicht auf internationaler Ebene diskutiert. Doch zeigt ein genauerer Blick, dass viele dieser Mechanismen in der Praxis kaum Wirkung entfalten können, weil sich einige Staaten ihnen widersetzen oder zumindest nicht vollumfänglich zur Anwendung verhelfen. Woran liegt das?

Auch wenn Staaten übereinstimmend anerkennen, dass sich einige Problem – inklusive des Verschwindenlassens – nur durch internationale Zusammenarbeit lösen lassen, sind einige Staaten dennoch zurückhaltend, was diese Zusammenarbeit angeht.

Denn das Etablieren internationaler Mechanismen bedeutet immer auch die Abgabe ehemals nationaler Kompetenzen. Im Fall des IstGH wird das deutlich. Als beteiligter Staat des Römischen Statut muss man bereit sein, die juristische Entscheidungsgewalt über eigene Staatsangehörige abzugeben. Sich einem Problem in Form von internationalen Mechanismen zu widmen, bedeutet für Staaten also immer auch ein bisschen Macht abzugeben. Dies sollten Sie bei Ihrer Positionierung bedenken.

Gleichzeitig müssen Sie sich als Repräsentant*in eines Staates auch die Frage stellen: Wie wichtig ist es für meinen Staat, diesem Problem etwas entgegenzusetzen? Wie groß ist die Bedrohung meines Staates durch dieses Problem? Wenn Sie diese beiden Fragen mit "sehr wichtig bzw. sehr groß" beantworten, dann müssen Sie bedenken, dass globale Probleme nun einmal globale Lösungen erfordern. Und auch wenn Ihr Land nicht direkt von dem Problem betroffen ist, müssen Sie sich die Frage stellen, wie sehr Ihr Staat hinter den ideellen Werten der Staatengemeinschaft, wie zum Beispiel den Menschenrechten, steht? Ein Befürworter

GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

dieser Werte auf internationaler Bühne zu sein, kann sehr wichtig für die Identität eines Staates sein. Sie sehen, nationale Interessen haben nicht nur etwas mit wirtschaftlichen Interessen oder der Maximierung von Macht zu tun. Es kann auch das nationale Interesse eines Staates sein, international eine bestimmte Rolle einzunehmen (z.B. als Verteidiger der Menschenrechte); und dann im Einklang mit dieser selbst gewählten Rolle zu handeln, um nicht als scheinheilig dazustehen.

Noch eine Bemerkung zum Schluss: Auch wenn dieses Thema besonders die Staaten Lateinamerikas betrifft und sich daher die Regionalkommission für Lateinamerika damit befasst, sollte das Gremium beachten, dass die erarbeitete Resolution anschließend zu einer Resolution der Wirtschafts- und Sozialrats (WiSo) wird. Der WiSo wird final über die Resolution abstimmen und hier sind alle Staaten vertreten. Es ist daher ratsam, sich dem Problem nicht ausschließlich aus lateinamerikanischer Sicht zu widmen und die Interessen anderer Staaten sollten nicht aus dem Blick verloren werden.

7. Hinweise zur Recherche

Eine umfassende Dokumentation der Arbeit des Ausschusses gegen das Verschwindenlassen gibt es auf der Website des Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR):

<https://www.ohchr.org/en/treaty-bodies/ced>

Leitprinzipien für die Suche nach verschwundenen Personen:

<https://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/ced-c7.pdf>

Fact Sheet zum Verschwindenlassen von der CED:

<https://www.ohchr.org/sites/default/files/2021-08/FactSheet6Rev3.pdf>

Generell gute Quelle:

Konvention gegen Verschwindenlassen (CPED) | Deutsches Institut für Menschenrechte ([institut-fuer-menschenrechte.de](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de))

Außerdem bietet es sich an nachzuschlagen, welche Staaten die Konvention unterzeichnet haben und welche nicht. Dafür ist ein Blick in die Treaty Collection der UN hilfreich. Hier werden auch die Vorbehalte (engl. Reservations) der Staaten aufgeführt. Durch einen Vorbehalt drückt ein Staat aus, welche ausgewählten Regeln des Vertrags er nicht für sich

GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

anerkennt. Einfach gesagt: "Wir finden alles gut, außer x, daran wollen wir uns nicht halten."

<https://treaties.un.org/Pages/Index.aspx?clang=en> (Diese Seite ist nur auf englisch verfügbar)

8. Lexikon

geputscht/Militärputsch

Ein Militärputsch ist der plötzliche Umsturz einer Regierung, in der Regel durch eine kleine Gruppe des bestehenden staatlichen Militärs. Diese illegale und verfassungswidrige Machtergreifung kann durch Gewaltanwendung oder durch eine Mischung aus legalen und nicht legalen Methoden erfolgen. Das Ziel ist es, die Regierung und ihre Führer durch ein neues Regime zu ersetzen.

UN-Menschenrechtsrat

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (im Original United Nations Human Rights Council, UNHRC) ist ein Gremium innerhalb der UN, das für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in der Welt zuständig ist. Er setzt sich aus 47 Mitgliedsstaaten zusammen, die von der UN-Generalversammlung gewählt werden. Der Rat hat auch die Möglichkeit, Untersuchungskommissionen einzusetzen, um bestimmte Menschenrechtssituationen zu untersuchen, und Sonderberichterstatter zu ernennen, die über Menschenrechtsfragen in bestimmten Ländern oder Regionen berichten.

völkerrechtlich bindender Vertrag

Ein völkerrechtlich bindender Vertrag ist ein Vertrag zwischen Staaten, der Regeln definiert, die die am Vertrag teilnehmenden Staaten beachten müssen. Eine Missachtung der Regeln kann reale Konsequenzen haben. Daher ist es in diesem Zusammenhang wichtig zu prüfen, welche Staaten den Vertrag unterzeichnet haben. Damit unterscheidet sich der völkerrechtliche Vertrag beispielsweise von Resolutionen der Generalversammlung. Diese Entscheidungen sind nicht völkerrechtlich verbindlich und vor allem als Absichtserklärung der Staaten zu verstehen.

Auch wenn ein völkerrechtlicher Vertrag erstmal die Sache zwischen Staaten ist, sind die Vereinten Nationen häufig in die Prozesse eingebunden. So können die Gremien der UN als Ort der Vorbereitung und Vorab-Diskussion eines solchen Vertrags dienen. Auch können durch den Vertrag UN-Organisation mit bestimmten Aufgaben betraut werden.

GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte

Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) ist eine Einrichtung der Vereinten Nationen, die für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte zuständig ist. Es wird vom Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte geleitet, der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ernannt wird. Das Büro bietet es den Staaten technische Hilfe und den Aufbau von Kapazitäten an, um ihnen bei der Verbesserung ihrer Menschenrechtsspraxis zu helfen. Darüber hinaus arbeitet sie daran, das Bewusstsein für Menschenrechtsfragen zu schärfen und sich gemeinsam mit der Zivilgesellschaft für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte einzusetzen.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist eine unparteiische, neutrale und unabhängige humanitäre Organisation, deren Ziel es ist, das Leben und die Würde der Opfer von bewaffneten Konflikten und anderen Gewaltsituationen zu schützen. Außerdem bemüht es sich, den von diesen Situationen betroffenen Menschen Hilfe zu leisten. Das IKRK hat ein Mandat gemäß den Genfer Konventionen, Personen wie Kriegsgefangene, Verwundete und Kranke sowie Zivilisten in Kriegszeiten zu schützen. Das IKRK ist nicht mit der Rotkreuz bzw. Rothalbmond-Bewegung zu verwechseln. Auch wenn die beiden Organisationen zusammenarbeiten, stehen nur dem IKRK besondere Rechte im Rahmen des Völkerrechts zu.

Amnestiegesetze

Amnestiegesetze regeln, dass einer Gruppe oder Klasse von Personen, die ein Verbrechen oder Vergehen begangen haben, offiziell für diese Verbrechen vergeben wird. Das bedeutet, dass diese Personen für ihre Verbrechen nicht mehr rechtlich belangt werden. Eine Amnestie wird häufig von einer Regierung gewährt, um politische Konflikte zu lösen und sozusagen einen Strich unter die Sache zu ziehen.

9. Quellenangaben und weiterführende Links

Amnesty International, Mexico: Treated with indolence, 2016, <https://www.amnesty.org/en/documents/amr41/3150/2016/en/>.

GREMIENTEXT

SCHUTZ VOR DEM VERSCHWINDENLASSEN

Claiming Human Rights, Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances, http://www.claiminghumanrights.org/wg_enforced_disappearances.html.

Deutsches Institut für Menschenrechte, Verschwindenlassen, [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/rechtsstaat/verschwindenlassen#:~:text=Das%20Verschwindenlassen%20dient%20der%20politischen%20Unterdrückung%20und%20soll.Aufklärung%20und%20Strafverfolgung%20über%20Grenzen%20hinweg%20noch%20schwieriger](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/rechtsstaat/verschwindenlassen#:~:text=Das%20Verschwindenlassen%20dient%20der%20politischen%20Unterdrückung%20und%20soll.Aufklärung%20und%20Strafverfolgung%20über%20Grenzen%20hinweg%20noch%20schwieriger.).

Frisse, Juliane, „Wenn sie wieder auftauchen, sind sie tot“, 2016, <https://www.fluter.de/wenn-sie-wieder-auftauchen-sind-sie-tot>.

Hansch, Winfried, Staatsstreich und Militärinterventionen nach 1945 in Lateinamerika, 2015, <https://amerika21.de/analyse/123974/terroropfer-lateinamerika>.

Krennerich, Michael, Democracy in Latin America, 2003, https://www.bpb.de/translate/goog/shop/zeitschriften/apuz/27399/demokratie-in-lateinamerika/?_x_tr_sl=de&_x_tr_tl=en&_x_tr_hl=en&_x_tr_pto=sc.

Osorio, Carlos, Argentine Military Believed U.S. Gave Go-Ahead for Dirty War, <https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB73/index3.htm>.

United Nations Treaty Collection, https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=IND&mtdsg_no=IV-16&chapter=4&clang=en.

Wegner, Daniel, Die anderen Verschwundenen, 2016, <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/die-anderen-verschwundenen/>.

Weitbrecht, Dorothee und Luisa Wettengel, Argentinien: Deutsch(stämmige) Verschwundene während der Militärdiktatur, 2015, <https://gewaltsames-verschwindenlassen.de/laenderberichte/lateinamerika/argentinien/drei-biografien>.

Zeit, die, Mehr als 52.000 unidentifizierte Leichen in Mexiko, 17.03.2022, <https://www.zeit.de/news/2022-03/17/mehr-als-52-000-unidentifizierte-leichen-in-mexiko>.

GREMIENTEXT

ROLLE VON INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN IM UMWELTSCHUTZ

Rolle von indigenen Gemeinschaften im Umweltschutz

Kurzzusammenfassung

Indigene Gemeinschaften spielen im Umweltschutz eine wichtige Rolle. Sie schützen etwa 80% der globalen Biodiversität. Umweltschutz ist eine große Aufgabe für die gesamte Menschheit. Aus diesem Grund versuchen Staaten zum Beispiel durch internationale Abkommen zusammenzuarbeiten. Für indigene Gemeinschaften ergibt sich daraus das Problem, dass diese internationale Zusammenarbeit meist auf die Staaten fokussiert ist. Sie sind daher in das internationale System kaum eingebunden. Es stellen sich somit zwei Fragen: In welcher Weise sind indigene Gemeinschaften von Umweltzerstörung besonders betroffen und welchen Beitrag leisten sie zum Umweltschutz? Und kann diese Gruppe, ihre Interessen aber auch ihr Wissen besser auf internationaler Ebene repräsentiert werden?

Punkte zur Diskussion

- Wie kann die Implementierung bereits anerkannter Rechte indigener Gemeinschaften sichergestellt werden? Wie können weitere eingeforderte Rechte anerkannt und implementiert werden?
- Wie kann die Sicherheit insbesondere indigener Aktivist*innen gewährleistet werden?
- Wie sollte eine Vertretung indigener Interessen auf UN-Ebene aussehen?
- Wie können die Partizipationsmöglichkeiten indigener Gemeinschaften erhöht werden?
- Wie kann das Wissen indigener Gemeinschaften für Klimaschutzmaßnahmen genutzt werden?
- Wie kann im Allgemeinen damit umgegangen werden, dass Gruppen, die keinen bzw. einen sehr geringen Beitrag zum Klimawandel und zur Umweltverschmutzung leisten, häufig besonders stark von ihnen betroffen sind? Wie kann dafür gesorgt werden, dass diese Gruppen außerdem nicht die Hauptverantwortung im Umweltschutz und Klimaschutz tragen und in der Nutzung ihres Wissens und ihres Aktivismus ausgenutzt werden, sondern sich insbesondere nicht-betroffene, aber verursachende Staaten an Maßnahmen beteiligen?

GREMIENTEXT

ROLLE VON INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN IM UMWELTSCHUTZ

Einleitung

Die etwa 5.000 indigenen Gemeinschaften weltweit spielen im Umweltschutz eine besondere Rolle: So schützen sie etwa 80% der globalen Biodiversität. Während sie einen verschwindend geringen Anteil an Umweltverschmutzung und CO₂-Ausstoß haben, sind sie zum einen am stärksten von den Folgen der Umweltzerstörung und des Klimawandels betroffen und tragen gleichzeitig mit am meisten zum Schutz der Umwelt bei. Dies geschieht in zweierlei Hinsicht. Einerseits tragen sie zum Erhalt der Natur durch ihren ressourcenschonenden und wertschätzenden Umgang im Alltag bei. Außerdem durch Aktivismus auf lokaler Ebene gegen konkrete umweltschädliche Projekte, die ihre Gebiete betreffen. Trotz vermehrter Anstrengungen, werden indigene Gemeinschaften auf internationaler Ebene bislang nur in wenige Prozesse eingebunden. Über einzelne auf Social-Media vertretene Aktivist*innen stellen sie jedoch eine große Stimme der weltweiten Klimabewegung dar.

Bezüglich ihrer Rolle ergeben sich so zwei Ansatzpunkte: Zum einen gilt es, die Rechte indigener Gemeinschaften, insbesondere auf die Kontrolle über ihre Gebiete und das langfristige, intakte Bestehen dieser, zu gewährleisten. Zum anderen bietet das über Generationen weitergegebene Wissen indigener Gemeinschaften viele Inhalte, die dazu beitragen könnten, **Adaptionsstrategien** und andere Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln. Eine Einbeziehung indigener Gemeinschaften könnte so nicht nur der Vertretung ihrer eigenen Interessen und derer der Klimabewegung zugutekommen, sondern auch der Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen.

Hintergrund und Grundsätzliches

Umweltschutz und insbesondere das Teilgebiet des Klimaschutzes spielen in den letzten Jahren eine höchst aktuelle Rolle auf dem internationalen politischen Parkett und so auch bei den Vereinten Nationen. Die Umweltpolitik der UN umfasst grob neun Bereiche: Klimawandel, Schutz der Ozonschicht, biologische Vielfalt, Meeresschutz, Waldschutz, Bekämpfung der Wüstenbildung, Wassernutzung, Ressourceneffizienz und Müll- und Schadstoffbelastung. Seit der UN-Konferenz über die Umwelt des Menschen (UNCHE), die 1972 in Stockholm stattfand, beschäftigen sich die Vereinten Nationen über verschiedene Gipfel und Abkommen hinweg mit diesen neun Bereichen. Auch die **Agenda 2030** hat den Umweltschutz als zentrales Thema – dass der Schutz der Umwelt eine nicht zu vernachlässigende Aufgabe darstellt, ist somit keine neue

GREMIENTEXT

ROLLE VON INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN IM UMWELTSCHUTZ

Erkenntnis.

Ebenso wenig neu sind Erkenntnisse über die ungleichen Auswirkungen von Umweltverschmutzung und Klimawandel, aber auch die ungleichen Beiträge zu ihnen. Die Menschengruppen, die am wenigsten zur Umweltverschmutzung und zum Klimawandel beitragen, sind teilweise am stärksten von den Folgen betroffen.

Seit der Industrialisierung belaufen sich die Beiträge zu den gesamten CO₂-Emissionen des südamerikanischen Kontinents (aktuell etwa 8% der Weltbevölkerung) auf lediglich 3%. Der Beitrag dieser Regionen zum Klimawandel ist also sehr gering – die Folgen für diese Regionen jedoch nicht.

Im sechsten Weltklimabericht zeigt der Weltklimarat (IPCC) auf, dass die Erderwärmung benachteiligte und vulnerable Bevölkerungen besonders stark treffe. So werden die landwirtschaftlichen Erträge in Subsahara-Afrika sowie in Südostasien am stärksten zurückgehen, in Nordamerika, Europa, Ostasien, Russland und Australien am wenigsten. Von Ernteaussfällen, aber auch anderen Veränderungen sind zudem Menschen mit einem geringen Einkommen und somit geringem finanziellen Puffer am stärksten betroffen, da sie die Auswirkungen nicht ausgleichen können.

Indigene Gemeinschaften stellen in diesem Feld besondere Akteur*innen dar. Zu ihnen werden weltweit über 476 Millionen Menschen gezählt in über 5.000 verschiedenen Gruppen. Vier Fünftel der globalen Biodiversität werden von indigenen Gemeinschaften geschützt. Gleichzeitig sind sie in ihrem Leben bereits am stärksten von Klimaveränderungen und Umweltverschmutzung betroffen und stellen zudem eine besonders vulnerable, d.h. "verletzliche Gruppe dar. Sie sind auf eine intakte Umwelt, landwirtschaftliche Erträge, sauberes Wasser und vor allem auch Zukunftsperspektiven angewiesen. Ihre Interessen werden jedoch nur selten von den Staaten, auf deren Staatsgebieten sich ihre Gemeinschaften befinden, vertreten. Zwar beschäftigen sich einige nicht-staatliche Organisationen mit den Rechten und Interessen indigener Gemeinschaften, eine tatsächliche institutionelle Vertretung fehlt ihnen jedoch. Fragen der Rechte und Rolle indigener Gemeinschaften haben eine globale Dimension und sind am besten auf internationaler Ebene zu behandeln, ebenso wie das Thema des Umweltschutzes. Allerdings sind im internationalen System Regierungen von Staaten die maßgeblichen Akteur*innen. Die

GREMIENTEXT

ROLLE VON INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN IM UMWELTSCHUTZ

Vereinten Nationen bieten dafür die besten Voraussetzungen, da dort alle Staaten mit einer Stimme vertreten sind. In der Vergangenheit gab es zwar Versuche indigene Gemeinschaften in das System der UN zu integrieren – etwa durch das Ständige Forum für indigene Angelegenheiten oder den Experten-Mechanismus zu den Rechten indigener Gemeinschaften. Doch änderten diese Versuche nichts daran, dass indigene Gemeinschaften in der Rolle von Interessenvertreter*innen auftreten, nicht aber als relevante Entscheider*innen. Neben der starken Betroffenheit von Klimawandel und Umweltverschmutzung sowie der fehlenden politischen Repräsentation zählen der mangelhafte Zugang zu sozialer Infrastruktur sowie fehlende Selbstbestimmungsrechte über Identitäten und Gebiete zu den zentralen Problemen, mit denen indigene Gemeinschaften zu kämpfen haben.

Obwohl indigene Gemeinschaften im Umweltschutz so eine große Rolle spielen, werden die beiden Themen von den Vereinten Nationen häufig getrennt voneinander betrachtet. Die Rechte indigener Gemeinschaften fallen unter das Anti-Diskriminierungsprogramm - hier zählen die Durban Declaration and Programme of Action von 2001 (DDPA) sowie die United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples von 2007 (UNDRIP) zu den Meilensteinen.

Diese formelle Anerkennung indigener Rechte zeigt sich jedoch bislang nicht in den Entscheidungen der Staaten. Somit kämpfen indigene Gemeinschaften immer noch vor allem um Anerkennung und eine Plattform.

Aktuelles

Insbesondere durch die Präsenz indigener Klimaaktivist*innen auf der 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow Ende 2021 wurde das Thema der Rolle indigener Gemeinschaften im Umweltschutz eine höhere internationale Relevanz zugesprochen. Bislang beschränkt sich die Aktivität indigener Aktivist*innen vor allem auf lokale Aktionen gegen Umweltverschmutzung, teilweise in Form von Lobbying bei lokalen Projekten, auf internationalen Aktivismus vor allem auf Social Media und in der globalen Klimaschutzbewegung sowie auf die permanente Auseinandersetzung mit der Umwelt und Entwicklung von Adaptionsmöglichkeiten.

Die Arbeit von indigenen Aktivist*innen ist dabei jedoch auch gefährlich. Etwa die Hälfte der ermordeten Klimaaktivist*innen weltweit stammen aus indigenen Gemeinschaften. Vielerorts wird das Leben indigener

GREMIENTEXT

ROLLE VON INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN IM UMWELTSCHUTZ

Menschen nicht als gleichwertig betrachtet, was dazu führt, dass Morde an ihnen seltener verfolgt und aufgeklärt werden, also seltener Konsequenzen zur Folge haben.

Auf der Ebene der Vereinten Nationen gab es in den letzten Jahren vor allem zwei Stellen, an denen die indigene Beteiligung am Umweltschutz thematisiert und berücksichtigt wurde: So hat der Grüne Klimafonds (GCF) 2018 eine "Indigenous Peoples Policy" beschlossen, die dafür sorgen soll, dass die Aktivitäten des Fonds so gestaltet und umgesetzt werden müssen, dass indigene Gemeinschaften respektiert und geschützt werden.

2017 hat die Zwischenstaatliche Plattform für Biodiversität und Ökosystem-Dienstleistungen (IPBES) auf ihrer fünften Vollversammlung zudem beschlossen, nicht nur auf wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern auch auf lokales und indigenes Wissen zurückzugreifen. Damit bricht sie das klassische Verständnis, das (indigenes) Erfahrungswissen über Biodiversität, das Land und Regionen nicht berücksichtigt, auf. Teil des Beschlusses ist auch die Etablierung einer Plattform, die die Partizipation indigener Gemeinschaften ermöglichen soll. Hauptfunktionen der Plattform sind die Sammlung von Wissen, die Stärkung indigener Umweltschutzkapazitäten sowie die Partizipation und Berücksichtigung indigener Gemeinschaften an internationalen Umweltschutzabkommen.

Das UN Environment Programme (UNEP) berichtet zudem regelmäßig von Erfolgen nationaler Adaptionstrategien, die in Zusammenarbeit mit indigenen Gemeinschaften entwickelt wurden.

Probleme und Lösungsansätze

Das Zusammendenken beider Themen – die Rolle der indigenen Gemeinschaften und Umweltschutz – ist eine große Herausforderung, die bewältigt werden muss. Ein zentrales Problem bleibt die Repräsentation indigener Gemeinschaften auf internationaler Ebene. Die Plattform der IPBES stellt einen Anfang dar, viel Repräsentation indigener Gemeinschaften muss sich jedoch nach wie vor durch Aktivist*innen erkämpft werden, wie etwa bei der 26. UN-Klimakonferenz Ende 2021 in Glasgow.

Repräsentation ist jedoch nicht alles. Wie bisherige Prozesse zu indigenen Rechten gezeigt haben, gibt es eine Lücke zwischen den Bes-

GREMIENTEXT

ROLLE VON INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN IM UMWELTSCHUTZ

chlüssen und den tatsächlichen Handlungen. Ziel sollte sein, die Rechte indigener Gemeinschaften nicht nur anzuerkennen, sondern auch einzufordern und Beschlüsse zu implementieren.

Auch stellen sich weiterhin zentrale Fragen der globalen Gerechtigkeit: Wie kann damit umgegangen werden, dass Gruppen, die keinen bzw. einen sehr geringen Beitrag zum Klimawandel und zur Umweltverschmutzung leisten, häufig besonders stark von ihnen betroffen sind? Wie kann dafür gesorgt werden, dass diese Gruppen außerdem nicht die Hauptverantwortung im Umweltschutz und Klimaschutz tragen, sondern sich insbesondere nicht-betroffene, aber verursachende Staaten an Maßnahmen beteiligen? Indigene Gemeinschaften sind bereits stark in – vor allem lokale – Klimaschutzmaßnahmen involviert und tragen durch das Erkämpfen von Repräsentation dazu bei, dass den Themen globale Relevanz zugesprochen wird. Ihnen Beteiligung auf internationaler Ebene zu ermöglichen, sollte nicht dazu führen, dass die Gestaltung von Umweltschutz zu ihrer Verantwortung wird, sondern dazu, dass indigene Interessen bei der Gestaltung berücksichtigt werden.

Hier liegen die Stärken, aber auch die Herausforderungen von Lösungsansätzen zur indigenen Beteiligung: Dadurch, dass das Thema so verwoben mit indigenen Rechten, Umwelt- und Klimaschutz im Allgemeinen sowie Fragen der globalen Gerechtigkeit ist, bringen die Lösungsansätze gleichzeitig auch einen Fortschritt in diesen Themen mit sich. Diese enge Verwobenheit mit Themen, mit denen global viele unterschiedliche Interessen verknüpft sind, macht die Entwicklung und vor allem Umsetzung von Lösungsansätzen jedoch auch so schwierig.

Lexikon

Adaption: Adaption heißt Anpassung. Damit gemeint sind Strategien, die versuchen, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen, indem Teile des Alltags, der Architektur und der menschlichen Sozialisation so verändert werden, dass sie auch unter den Folgen weiterbestehen. Ein Beispiel hierfür wäre, dass die Erderwärmung dicht besiedelte Großstädte besonders stark trifft. Adaption hieße, diese Großstädte zu begrünen, Flächen zu entsiegeln und sich architektonisch an Städten zu orientieren, die schon seit längerer Zeit mit großer Hitze umgehen. Alternativ könnte eine Adaptionstrategie auch sein, eine lange Mittagspause einzuführen und aktive Zeiten in den frühen Vormittag oder in den Abend zu verlegen, um die Mittagshitze zu umgehen.

GREMIENTEXT

ROLLE VON INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN IM UMWELTSCHUTZ

Agenda 2030: Die Agenda 2030 besteht aus 17 Zielen, den sogenannten Sustainable Development Goals (kurz: SDGs), die bis 2030 erreicht werden sollen. Beschlossen wurden die Ziele als Nachfolger der "Millennium Development Goals" (MDGs) auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2015.

Besonders hilfreiche Quellen

- <https://www.un.org/development/desa/indigenouspeoples/mandated-areas1/environment.html> - Dieser Beitrag auf der Website des Department of Economic and Social Affairs der UN gibt einen guten Überblick darüber, welche Aspekte des Themas besonders relevant sind. Er ist auf englisch sowie auf weiteren Sprachen verfügbar, nicht jedoch auf deutsch.
- <https://www.un.org/en/fight-racism/vulnerable-groups/indigenous-peoples> - Diese Übersichtsseite der Vereinten Nationen stellt Grundinformationen zum Begriff der "Indigenen Gemeinschaften" und ihrer Rolle bei den Vereinten Nationen dar. Sie ist ebenfalls auf englisch und auf weiteren Sprachen, nicht jedoch auf deutsch verfügbar.
- <https://www.gfbv.de/de/> - Die Website der NGO "Gesellschaft für bedrohte Völker" eignet sich gut für eine Schneeball-Recherche. Dort finden sich Beiträge über lokalen Aktivismus von indigenen Gemeinschaften, aber auch Berichte über internationale Entwicklungen. Unter anderem gibt es dort diesen Bericht (https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2015/MenschenrechtsreportNr.77-IndigeneUmweltaktivisten_aktualisiert.compressed.pdf), der sich mit der Gefährdung indigener Aktivist*innen befasst.
- <https://www.bundestag.de/resource/blob/846220/a33590deb63d523322db4186d6b19399/PowerPoint-Praesentation-von-Frau-Dr-Almut-Schilling-Vacaflor-data.pdf> - Dieser Vortrag von Dr. Almut Schilling-Vacaflor für den deutschen Bundestag gibt einen Einblick in die Einbindung indigener Gemeinschaften in den Umweltschutz.
- <https://icipp.unfccc.int/> - Das ist die Übersichtsseite (englisch) zur genannten Plattform für indigene Partizipation, wo die Ziele der Plattform noch einmal dargestellt werden und die außerdem den aktuellen Stand der Partizipation wiedergibt.
- <https://www.hrw.org/de/nord-und-suedamerika> - Human Rights Watch ist eine NGO, die weltweit Menschenrechtsverletzungen un-

GREMIENTEXT

ROLLE VON INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN IM UMWELTSCHUTZ

tersucht und in Berichten veröffentlicht. in Ländern auf der ganzen Welt und veröffentlicht Berichte über ihre Erkenntnisse.

Wichtige Dokumente

- IPCC Assessment Report 6 (englisch): <https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-cycle/>. Der Bericht ist sehr lang und besteht aus drei Teilen. Die Kernaussagen werden in diversen Zeitungsartikeln zusammengefasst, es lohnt sich dennoch, auch selbst einmal einen Blick hinein zu werfen und ein paar Seiten zu überfliegen. Der Fokus bei diesem Thema liegt auf den Teilen 2 und 3; dort hilft eine Stichpunktsuche nach "indigenous". Eine Zusammenfassung der Kernaussagen der einzelnen Berichtsteile auf deutsch findet sich hier: <https://www.de-ipcc.de/270.php>
- Indigenous Peoples Policy des Grünen Klimafonds (englisch, spanisch): <https://www.greenclimate.fund/document/indigenous-peoples-policy>
- Bericht über die fünfte Vollversammlung der IPBES (englisch): https://ipbes.net/sites/default/files/ipbes-5-15_en.pdf

Quellenangaben

- UN Department of Economic and Social Affairs: Indigenous Peoples. Environment. <https://www.un.org/development/desa/indigenouspeoples/mandated-areas1/environment.html>
- UN Fight Racism: Indigenous Peoples. <https://www.un.org/en/fight-racism/vulnerable-groups/indigenous-peoples>
- Delius, Ulrich; Reinke, Sarah; Schönhammer, Catherina; Siebigtheroth, Nadia (2015): Indigene Umweltaktivisten in Lebensgefahr. Menschenrechtsreport Nr. 77 der Gesellschaft für bedrohte Völker. https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2015/MenschenrechtsreportNr.77-IndigeneUmweltaktivisten_aktualisiert.compressed.pdf
- Heuser, Olaf (2021): Indigene Influencer und ihre Chancen, die Welt zu retten. Podcast. <https://www.spiegel.de/ausland/klima-krise-indigene-influencer-und-ihre-chancen-die-welt-zu-retten-a-25604e9a-4a8c-42fe-8772-5c81c473f965>
- UNEP (2022): Lessons Learned. Climate Adaptation in Tanzania with Ecosystem Restoration & Flood Defence Infrastructure. <https://www.unep.org/resources/publication/lessons-learned-climate-adaptation-tanzania-ecosystem-restoration-flood>

GREMIENTEXT

ROLLE VON INDIGENEN GEMEINSCHAFTEN IM UMWELTSCHUTZ

- DGVN: Vereinte Nationen und Umwelt. UN-Basis-Informationen 58. https://dgvn.de/publications/PDFs/Basis_Informationen/BI58_UN_Umwelt.pdf
- International Labor Organization (2017): Indigenous peoples and climate change. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---gender/documents/publication/wcms_551189.pdf